

INTERVIEW STEPHAN ACKERMANN

„Das war ganz klar kriminell“

Der Trierer Bischof äußert sich nach dem Zwischenbericht der Kommission zur Aufarbeitung des sexuellen Missbrauchs.

TRIER Über einen Rücktritt als Bischof hat Stephan Ackermann in den vergangenen Jahren mehrmals nachgedacht. Warum er sich trotz erheblicher Kritik und entsprechender Forderungen anders entschieden hat und wieso er das Verhalten früherer Verantwortlicher im Bistum Trier als kriminell bezeichnet, erläuterte er in einem Interview, das er unseren Redaktionskollegen in Saarbrücken gegeben hat.

Herr Bischof, die unabhängige Kommission zur Aufarbeitung des sexuellen Missbrauchs im Bistum Trier (UAK) hat vergangene Woche einen ersten Zwischenbericht vorgelegt. Wie ordnen Sie persönlich diesen ein?

STEPHAN ACKERMANN Der Bericht entspricht insofern meinen Erwartungen, dass die Kommission deutlich macht, wie sie arbeitet, mit wem sie schon gesprochen hat und was sie sich vornimmt. Natürlich sind die beiden Fälle, die da geschildert werden und die mir – wenn auch nicht in diesen Einzelheiten – bekannt waren, wirklich gravierende Fälle, die einen erschrecken. Das Vorgehen der damals Verantwortlichen im Bistum war ganz klar kriminell, das muss man einfach so sagen.

Auf was explizit beziehen Sie das kriminell?

ACKERMANN Man hat die ermittelnde Staatsanwaltschaft angelogen.

Einmal geht es um einen Bistums-priester, der sich an Jungen vergangen haben soll und nach Paraguay geschickt wurde, als ein Haftbefehl gegen ihn vorlag. Der andere Fall dreht sich um einen Priester, der nach Verurteilung wegen Missbrauchs in Österreich eine neue



Der Trierer Bischof Stephan Ackermann tritt als Missbrauchsbeauftragter ab. Er dachte aber auch daran, seinen Rücktritt als Bischof anzubieten. FOTO: DPA

Stelle im Bistum Trier bekam und dort erneut Kinder und Jugendliche missbrauchte. In diesem Fall haben zunächst die Kirchenverantwortlichen in Wien die Straftaten verschlei-ert, und später hat man ihn in Trier trotz besseren Wissens auf der Stelle belassen. Die Fälle liegen mehr als 50 Jahre zurück. Was konkret hat Sie an dem, was nun bekannt geworden ist, besonders erschreckt?

ACKERMANN Zum Beispiel, dass man im Bistum Trier wider besseren Wissens nicht preisgegeben hat, wo sich der Beschuldigte aufhält, diese massivste Vertuschung. Zum anderen die Dimension der internationalen Verflechtungen.

Wo hat der Zwischenbericht Sie selbst nochmals zum Nachdenken über Ihr eigenes Handeln gebracht?

ACKERMANN Wo ich selbstkritisch draufschau, ist zum einen der Punkt der Begleitung von Betroffenen über das kirchliche Verfahren hinaus. Da ist eine Lücke. Das Zweite ist Trans-

parenz für Betroffene herzustellen, an welcher Stelle ihr Verfahren aktuell steht. Da haben wir aber schon dazu gelernt, gehen heute proaktiver vor.

Was ist mit der Länge der Verfahren?

ACKERMANN Das bezieht sich ja auf das Verfahren der materiellen Anerkennung. Auch daran gibt es Kritik, das stimmt. Aber wir haben die Frage von Anerkennungsleistungen an eine unabhängige Stelle gegeben, die das bearbeitet. Stand Ende Juli wurden von bundesweit 1900 eingegangenen Anträgen 1300 entschieden. Da haben wir wirklich an Dynamik gewonnen.

Der Saarbrücker Oberbürgermeister Uwe Conrath (CDU) hat als Reaktion auf den Zwischenbericht der UAK Ihren Rücktritt gefordert. Was sagen Sie dazu?

ACKERMANN Für mich war das ein ungewöhnlicher Vorgang, der mich verwundert hat, das sage ich ganz ehrlich. Vor allem auf der Grundlage dieses Berichts. Nochmal: Die

beiden dort geschilderten Fälle sind erschreckend, sie liegen aber viele Jahrzehnte zurück. Der Bericht der Kommission zeigt auch mit Blick auf mein Handeln, dass wir heute in einer ganz anderen Situation sind, dass wir mit dem Thema Missbrauch ganz anders umgehen. Ich kann in dem Bericht auch nicht erkennen, dass es Hinweise gibt, die irgendwie unausgesprochen nahelegen, dass ich als Bischof meiner Verantwortung nicht gerecht geworden bin und deshalb zurücktreten sollte. Ich sehe derzeit keinen Grund, meinen Rücktritt anzubieten. Was mich auch gewundert hat, ist, dass der Oberbürgermeister suggeriert, kirchliche Amtsträger wären staatlichem Recht entzogen. Das stimmt nicht. Wir haben in vielen Fällen in den letzten Jahren auch mit der Staatsanwaltschaft Saarbrücken kooperiert.

Haben Sie Kontakt zu Herrn Conrath gesucht oder wollen Sie das noch tun?

ACKERMANN Ich sehe dafür im Moment keinen Anlass. Dass es Reformen in der Kirche geben muss, was er ja ebenfalls fordert, ist klar, daran arbeiten wir seit Jahren intensiv. Ich

hätte es angemessener gefunden, dass der Oberbürgermeister, um seine Erschütterung zum Ausdruck zu bringen, mit mir per Telefon oder Briefkontakt aufnimmt, so wie es viele Christen im Saarland tun. Wenn er dann den Eindruck gehabt hätte, das prallt am Bischof ab, hätte er immer noch die Öffentlichkeit suchen können. Davon abgesehen stehe ich ihm natürlich auch jetzt noch zu einem Gespräch zur Verfügung. Bislang habe ich mit Herrn Conrath noch nie ein längeres Gespräch geführt.

Haben Sie in den vergangenen Jahren schon einmal an Rücktritt gedacht?

ACKERMANN Ja, ich habe mehrfach über diese Frage nachgedacht. Etwa weil diese Forderung an mich gestellt worden ist oder auch weil andere Bischöfe ihren Rücktritt angeboten haben. Und ich werde mich dem womöglich wieder zu stellen haben, wenn die UAK die Amtszeit Ackermann untersucht. Es kann sein, dass diese Frage dann nochmals virulent wird.

Warum haben Sie sich gegen einen Rücktritt entschieden?

ACKERMANN Ich bin schon der Überzeugung, dass ich als Bischof und in den vergangenen zwölf Jahren als Missbrauchsbeauftragter der Bischofskonferenz durchaus mithelfen konnte, Verbesserungen zu erreichen, beim Thema Aufarbeitung, beim Thema Prävention.

DAS INTERVIEW FÜHRTE:
THOMAS SCHÄFER

INFO

Ackermann gibt Amt ab

Bischof Stephan Ackermann (59) wird sein Amt als Missbrauchsbeauftragter der Deutschen Bischofskonferenz Ende September nach mehr als zwölf Jahren abgeben (wir berichteten). Die Verantwortung für das Thema sexueller Missbrauch in der Kirche soll auf eine breitere personelle Basis gestellt werden. Ackermann hatte das neu geschaffene Amt im Frühjahr 2010 übernommen, nachdem der Missbrauchsskandal ins Rollen gekommen war.

Ein Verkaufsschlager mit großem Konfliktpotenzial

Das Neun-Euro-Ticket wurde gut angenommen. 52 Millionen Fahrscheine wurden verkauft. Doch das Angebot sorgt weiter für Ärger zwischen Bund und Ländern.

VON HAGEN STRAUSS

BERLIN Als die Ampel-Parteien im März im Koalitionsausschuss das Neun-Euro-Ticket erdachten, ahnte wohl keiner bei SPD, Grünen und FDP, was folgen würde. Zum einen ein Ansturm auf den Fahrschein und proppenvolle Züge, zum anderen viele Debatten über eine Nachfolgeregelung und jede Menge Ärger mit den Ländern. In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag wird das Angebot nach drei Monaten auslaufen. Diverse Verkehrsminister und der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) zogen daher jetzt in Berlin eine Bilanz. Fragen und Antworten dazu.

Wie oft wurde das Ticket verkauft?
Laut VDV sind seit Verkaufsstart Ende Mai rund 52 Millionen Neun-Euro-Tickets verkauft worden. Hinzu kommen etwa zehn Millionen Abonnenten (inklusive Schüler), die das vergünstigte Ticket über die gesamten drei Monate automatisch erhalten haben. Im Juni gab es 21 Millionen, im Juli 17 Millionen und im August bisher 14 Millionen Käufe.

Sorgte das Ticket für einen Umstieg auf den Nahverkehr?
Ja, so der VDV. Zusammen mit der Deutschen Bahn und dem Institut Forsa führte der Verband in den drei Monaten eine Befragung von bisher 78 000 Personen durch. Ergebnis: Bei zehn Prozent der Fahrten mit dem Neun-Euro-Ticket wird demnach eine Fahrt ersetzt, die sonst mit dem Pkw unternommen worden wäre. Insgesamt liegt der Anteil der aus anderen Verkehrsmitteln verlagerten Fahrten bei 17 Prozent. Jeder fünfte Käufer ist zudem Neukunde, der den ÖPNV zuvor normalerweise nie genutzt hat. 27 Prozent der Käufer sind zuvor sel-

tener mit dem ÖPNV gefahren. „Das Neun Euro-Ticket ist ein großer Erfolg und hat seine Wirkung nicht verfehlt“, so VDV-Hauptgeschäftsführer Oliver Wolff.

Wozu wurde der Fahrschein konkret genutzt?

52 Prozent der Befragten nutzen das Ticket für Erledigungen, Arztbesuche oder Shopping, 40 Prozent für Besuchsfahrten und 37 Prozent für Wege zur Arbeit. Ausflugsfahrten und Städtereisen folgen mit 33 beziehungsweise 32 Prozent. Rund eine Milliarde Fahrten, schätzen die Marktforscher, sind pro Monat mit einem Neun-Euro-Ticket absolviert worden.

Warum wurde das Ticket gekauft – und warum nicht?

Top-Kaufgrund ist der günstige Preis (69 Prozent). Der Verzicht auf Autofahrten wird als zweitwichtigster genannt, auch die Flexibilität bei der Nutzung überzeugt viele. Die Hauptgründe gegen den Kauf sind fehlende Anlässe (37 Prozent), die Vorliebe fürs Auto (35 Prozent) und umständliche Verbindungen (33 Prozent). Im ländlichen Raum dominieren als Nichtkaufgründe die Probleme beim Angebot. Dort ist somit auch die Zufriedenheit mit dem Ticket gering, während sie in den Metropolen hoch ist.

Wie fällt die politische Bewertung aus?
Positiv. Maïke Schaefer (Grüne), Vorsitzende der Verkehrsministerkonferenz, betonte, auch ein günstiger Tarif spiele eine Rolle für die Entscheidung, wie sich Menschen fortbewegen. Das Neun-Euro-Ticket sei aber nur dann ein Erfolg, „wenn es auch eine Nachfolgeregelung gibt“, so die Bremer Senatorin. Eine Anschlusslösung könne nur „durch weitere Mittel durch den

Bund finanziert werden“, ergänzte Brandenburgs Infrastrukturminister Guido Beermann (CDU). Die saarländische Ministerin Petra Berg (SPD) verwies darauf, dass in den drei Monaten 1,8 Millionen Tonnen CO₂ eingespart worden seien, „so viel wie ein Jahr Tempolimit einsparen würde“.

Was liegt an Nachfolgeideen auf dem Tisch?

Der VDV hat ein 69 Euro-Ticket vorgeschlagen, die Grünen wollen 29 Euro für ein regionales und 49 Euro für ein bundesweit gültiges Ticket. Die SPD im Bundestag schlägt nun ebenfalls einen bundesweit gültigen ÖPNV-Fahrschein zum Monatspreis von 49 Euro vor, den Bund und Länder finanzieren sollen. Das ist freilich das Problem – die Länder sind gebeutelt von steigenden Energiepreisen und jahrelanger Unterfinanzierung der ÖPNV, sie brauchen mehr Geld für mehr Qualität. Daher erwarten sie, dass der Bund die Kosten übernimmt und auch die Regionalisierungsmittel für den ÖPNV in Milliardenhöhe aufstockt. Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) tritt allerdings auf die Bremse. Das sei enttäuschend, meinte Baden-Württembergs Ressortchef Winfried Hermann (Grüne).

Gibt es seitens der Länder Vorschläge?
Im Grunde nicht. Vieles liege ja auf dem Tisch, was auch von den Verkehrsministern diskutiert werde, so Schaefer. Man sei zu Beratungen mit dem Bund bereit. Auch, eventuell einen Beitrag zu leisten. Wenn Wissing aber nur auf die Länder zeige und erst die Evaluation des Tickets abwarten wolle, „dann ist das kein Beitrag, jetzt schnell über die Nachfolge zu reden“.

Produktion dieser Seite:
Marius Kretschmer



Wie werden wir erfolgreich nachhaltig und nachhaltig erfolgreich?

Gemeinsam finden wir die Antworten für morgen.

Als größter Mittelstandsfinanzierer Deutschlands* helfen wir Ihnen, aus den großen Herausforderungen der Zukunft noch größere Chancen für Ihr Unternehmen zu machen. Lassen Sie sich beraten. sparkasse.de/unternehmen

* Bezogen auf die Sparkassen-Finanzgruppe.



Weil's um mehr als Geld geht.